Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

STADT KASSEL
documenta-Stadt

Kassel, 22. Februar 2012

Niederschrift

über die **11. öffentliche Sitzung**
des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen
am Mittwoch, 15. Februar 2012, 17:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

1.	Sachstandsbericht Kasseler Bäder Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26. September 2011 Bericht des Magistrats - 101.17.104 -	
2.	Rekommunalisierung der Wasserversorgung	101.17.336
3.	Wasserversorgungssatzung	101.17.349
4.	Satzung zur Änderung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung) vom 20.06.2011 (Erste Änderung)	101.17.350
5.	Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb KASSELWASSER vom 18.12.1995 in der Fassung der Ersten Änderung vom 10.12.2001 (Zweite Änderung)	101.17.351
6.	Bewilligung von Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 99 Abs. 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2012; - Liste 1/2012 -	101.17.337
7.	Zweiter Nachtrag zur Verwaltungsvereinbarung mit der KVK - Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck – Personal- und Organisationsamt	101.17.352
8.	Erlaubnis von Bild- und Tonaufnahmen in allen öffentlichen Gremien	101.17.242
9.	Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen	101.17.251
10.	Kunstrasenplatz Daspel	101.17.266
11.	Mehrkosten der Netzentgeltverordnung für Städtische Werke Kunden	101.17.297
12.	Entwicklung der Gewerbeflächen des Flughafen Calden	101.17.301
13.	Aufgaben Zweckverband Raum Kassel zur Vorbereitung Region Kassel	101.17.303
14.	Betriebs- und Kostenentwicklung Flughafen Calden	101.17.309
15.	Fahrstuhl für das Werkstattgebäude der Walter-Hecker-Schule	101.17.316
16.	Entfernung von Kaugummi	101.17.321
17.	Schließung von Bürgerbüros	101.17.345
18.	Mehr Transparenz und barrierefreie Teilhabe an der kommunalen Demokratie durch Rathaus-TV und Rathaus-Radio	101.17.346
19.	Stadthalle	101.17.348
20.	Presseöffentlichkeit der Sitzungen der Stadtverordneten	101.17.353

Vorsitzende Friedrich eröffnet die mit der Einladung vom 08.02.2012 ordnungsgemäß einberufene 11. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzende Friedrich teilt mit, dass sie die Tagesordnungspunkte

2. Rekommunalisierung der Wasserversorgung
Vorlage des Magistrats
- 101.17.336 -

3. Wasserversorgungssatzung
Vorlage des Magistrats
- 101.17.349 -

4. Satzung zur Änderung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und –gebührensatzung) vom 20.06.2011 (Erste Änderung)
Vorlage des Magistrats
- 101.17.350 –

und

5. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb KASSELWASSER vom 18.12.1995 in der Fassung der Ersten Änderung vom 10.12.2001 (Zweite Änderung)
Vorlage des Magistrats
- 101.17.351 –

sowie die Tagesordnungspunkte

12. Entwicklung der Gewerbeflächen des Flughafen Calden
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.301 –

und

14. Betriebs- und Kostenentwicklung Flughafen Calden
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.309 –

wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufrufen werden. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

Tagesordnungspunkt

8. Erlaubnis von Bild- und Tonaufnahmen in allen öffentlichen Gremien
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.242 –

wird von der Tagesordnung abgesetzt, da der Antrag von der Antragstellenden Fraktion zurückgezogen wurde.

Vorsitzende Friedrich beantragt die Tagesordnungspunkte

18. Mehr Transparenz und barrierefreie Teilhabe an der kommunalen Demokratie durch Rathaus-TV und Rathaus-Radio
Antrag des Stadtverordneten Bayer, Piraten
- 101.17.346 –

und

20. Presseöffentlichkeit der Sitzungen der Stadtverordneten
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.353 –

in die Arbeitsgruppe „Medienöffentlichkeit“ des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zu überweisen, um sie bei der Erarbeitung einer Regelung in der Hauptsatzung der Stadt Kassel zu berücksichtigen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: Kasseler Linke
Enthaltung: --
Abwesend: --
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag der Vorsitzenden Friedrich auf Überweisung des Tagesordnungspunktes 18 betr. Mehr Transparenz und barrierefreie Teilhabe an der kommunalen Demokratie durch Rathaus-TV und Rathaus-Radio und des Tagesordnungspunktes 20 betr. Presseöffentlichkeit der Sitzungen der Stadtverordneten in die AG Medienöffentlichkeit wird **zugestimmt.**

Auf Antrag von Stadtverordneter Dr. Behschad, CDU, wird Tagesordnungspunkt
15. Fahrstuhl für das Werkstattgebäude der Walter-Hecker-Schule
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.316 –
wegen Beratungsbedarf abgesetzt.

Auf Antrag von Bürgermeister Kaiser, wird der Tagesordnungspunkt
13. Aufgaben Zweckverband Raum Kassel zur Vorbereitung Region Kassel
Anfrage der FDP-Fraktion
- 101.17.303 –
abgesetzt, weil Oberbürgermeister Hilgen die Anfrage selbst beantworten möchte.

Auf Antrag von Stadtkämmerer Dr. Barthel wird der Tagesordnungspunkt
19. Stadthalle
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.17.348 –
von der Tagesordnung abgesetzt, da die Erarbeitung der Antwort der umfangreichen Anfrage noch nicht abgeschlossen ist.

Vorsitzende Friedrich stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Sachstandsbericht Kasseler Bäder
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26. September 2011
Bericht des Magistrats
- 101.17.104 -

Beschluss

Der Magistrat wird aufgefordert, in jeder Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen über den Sachstand bezüglich der Kasseler Bäder zu berichten.

Stadtkämmerer Dr. Barthel berichtet über den Sachstand.

Der Bericht von Stadtkämmerer Barthel wird zur Kenntnis genommen.

Die Tagesordnungspunkte 2, 3, 4 und 5 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen und getrennt abgestimmt.

2. Rekommunalisierung der Wasserversorgung
Vorlage des Magistrats
- 101.17.336 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rekommunalisierung der Wasserversorgung wird dergestalt zugestimmt, dass die Wasserversorgung im Stadtgebiet Kassel und Vellmar ab dem 01.04.2012 durch den Kasseler Entwässerungsbetrieb sichergestellt wird.
   Dieser firmiert zukünftig unter „KASSELWASSER - Eigenbetrieb der Stadt Kassel – ".
2. Dem Pacht- u. Dienstleistungsvertrag zwischen der Stadt Kassel und der Städtische Werke Netz + Service GmbH wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs (Anlage 1) zugestimmt.
3. Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Kassel und der Stadt Vellmar wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs (Anlage 2) zugestimmt.
4. Dem Nachtrag zum Konzessionsvertrag wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs (Anlage 3) zugestimmt.
5. Der Freistellungsvereinbarung zwischen der Städtische Werke AG und der Stadt Kassel wird nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs (Anlage 4) zugestimmt.
6. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung der Beschlüsse erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.

Im Rahmen der ausführlichen Aussprache beantworten Stadtkämmerer Dr. Barthel und Herr Schwegmann, Städtische Werke AG, die Fragen der Ausschussmitglieder.
Noch vor der nächsten Stadtverordnetenversammlung wird die Städtische Werke AG zur Beantwortung noch offener Fragen zum Wasserkartellverfahren Vertreter der Fraktionen und fraktionslosen Stadtverordneten des Ausschusses zu einem Gespräch einladen.
Fraktionsvorsitzender Oberbrunner erklärt zu Protokoll, dass sich die FDP-Fraktion bis dahin bei der Abstimmung enthalten wird.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Rekommunalisierung der Wasserversorgung, 101.17.336, wird **zugestimmt**.

Stadtverordneter Boeddinghaus, Fraktion Kasseler Linke, bringt folgenden Änderungsantrag ein.

- **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Der Entwurf des Nachtrags zum Konzessionsvertrag vom 25.06.1996 (Anlage3) wird wie folgt ergänzt:

„§ 10 wird ersatzlos gestrichen."

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Rekommunalisierung der Wasserversorgung, 101.17.336, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Geselle

3. Wasserversorgungssatzung
Vorlage des Magistrats
- 101.17.349 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Wasserversorgungssatzung in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung."

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke, FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Wasserversorgungssatzung, 101.17.349, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Geselle

4. Satzung zur Änderung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung) vom 20.06.2011 (Erste Änderung)
Vorlage des Magistrats
- 101.17.350 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung) vom 20.06.2011 (Erste Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung."

Stadtverordneter Geselle, SPD-Fraktion, bringt für seine Fraktion folgenden Änderungsantrag ein.

- **Änderungsantrag der SPD-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

Es wird folgender Artikel 2 (neu) eingefügt:

Artikel 2

In § 29 Abs. 1 der Satzung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel vom 20.06.2011 werden die Worte „Städtische Werke AG" durch „KASSELWASSER" ersetzt.

Die bisherigen Artikel 2 bis 7 erhalten die Bezeichnung 3 bis 8.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion betr. Satzung zur Änderung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung) vom 20.06.2011 (Erste Änderung), 101.17.350, wird **zugestimmt**.

- **Durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderter Antrag des Magistrats**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Satzung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung) vom 20.06.2011 (Erste Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen **sowie der im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, am 15. Februar 2012 erarbeiteten Fassung**.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch Änderungsantrag der SDP-Fraktion geänderter Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung über die Abwasserbeseitigung in der Stadt Kassel (Abwasser- und Abwasserbeitrags- und -gebührensatzung) vom 20.06.2011 (Erste Änderung), 101.17.350, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Geselle

5. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb KASSELWASSER vom 18.12.1995 in der Fassung der Ersten Änderung vom 10.12.2001 (Zweite Änderung)
Vorlage des Magistrats
- 101.17.351 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb KASSELWASSER vom 18.12.1995 in der Fassung der Ersten Änderung vom 10.12.2001 (Zweite Änderung) in der aus der Anlage zu dieser Vorlage ersichtlichen Fassung."

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke, FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Satzung zur Änderung der Betriebssatzung für den Eigenbetrieb KASSELWASSER vom 18.12.1995 in der Fassung der Ersten Änderung vom 10.12.2001 (Zweite Änderung), 101.17.351, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Geselle

6. Bewilligung von Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 99 Abs. 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2012; - Liste 1/2012 -
Vorlage des Magistrats
- 101.17.337 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 99 Abs. 1 HGO die in der beigefügten Liste 1/2012 enthaltenen Mehraufwendungen/-auszahlungen (wirken sich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2012 wie über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen aus)
im Ergebnishaushalt in Höhe von 979.903,00 €

im Finanzhaushalt in Höhe von 200.000,00 €

sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 300.000,00 €."

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Bewilligung von Mehraufwendungen/-auszahlungen gemäß § 99 Abs. 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2012; - Liste 1/2012 -, 101.17.337, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Döhne

7. Zweiter Nachtrag zur Verwaltungsvereinbarung mit der KVK - Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck – Personal- und Organisationsamt
Vorlage des Magistrats
- 101.17.352 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Abschluss eines Zweiten Nachtrages zur Verwaltungsvereinbarung mit der Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck wird zugestimmt.

Die Verwaltungsvereinbarung zur Berechnung und Zahlung der Versorgungsbezüge für die Versorgungsempfänger/innen der Stadt Kassel sowie der Beihilfe in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen für alle Bediensteten und Versorgungs- sowie Rentenempfänger/innen der Stadt Kassel und der Beamtenversorgungskasse Kurhessen (jetzt: KVK Beamtenversorgungskasse) vom 9. Mai 1994/1. Juni 1994 und der Erste Nachtrag zur Verwaltungsvereinbarung über die Berechnung und Auszahlung von Beihilfen durch die Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck (jetzt: KVK Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck (BVK)) vom 9. Oktober 2007/15. Oktober 2007 werden durch die

Regelungen zur Geltendmachung und Abführung von Arzneimittelrabatten nach dem Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG) für Beihilfeträger ergänzt (siehe Anlage)."

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Zweiter Nachtrag zur Verwaltungsvereinbarung mit der KVK - Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck – Personal- und Organisationsamt, 101.17.352, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Behschad

8. Erlaubnis von Bild- und Tonaufnahmen in allen öffentlichen Gremien
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.242 -

Abgesetzt, Antrag wurde zurückgezogen

9. Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen
Anfrage der FDP-Fraktion
- 101.17.251 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie hoch wird die jährliche Entlastung unseres kommunalen Haushaltes in den Jahren 2012, 2013 und ab dem Jahr 2014 ausfallen?

2. Wie wirken sich die Entlastungen auf den Schuldenabbau, die Kreditaufnahme und die Zinsbelastungen in den jeweiligen Jahren aus?

3. Beabsichtigt die Stadt mit diesen Summen andere Ziele zu verfolgen?
   a.) Wenn ja, welche und in welcher Höhe?

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen.

Nach Beantwortung durch Stadtkämmerer Dr. Barthel erklärt Vorsitzende Friedrich die Anfrage für erledigt.

10. Kunstrasenplatz Daspel
Anfrage der FDP-Fraktion
- 101.17.266 -

Anfrage

1. Wie lautet das Submissionsergebnis für den Kunstrasenplatz auf dem Daspel?

2. Welches war das höchste und niedrigste Angebot für die Erstellung des Platzes?

3. Wie viele Fachfirmen haben sich bei dieser Ausschreibung beteiligt?

4. Wer erhielt wann erstmalig Kenntnis über das Vorhandensein von Kieselrot?

5. Erfolgte die Kenntniserlangung vor, während oder nach der Planungsphase?

6. Warum wurde seitens des mit der Planung beauftragten Ingenieurbüros keine Untersuchung des Bodens vorgenommen?

7. Gibt es ein städtisches Kataster über die Einbringung von Kieselrot auf Kasseler Sportplätzen?
   a) Wenn nein, warum nicht?
   b) Wenn ja, warum hat die Stadt keine Prüfung veranlasst?

8. Wie viele und welche Leistungspositionen, die bei der Ausschreibung nicht berücksichtigt wurden, sind zusätzlich zum Kieselrot bei den Ausführungen aufgetreten?
   a) Warum wurden diese bei den Planungen nicht berücksichtigt?

Bürgermeister Kaiser beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen.

Nach Beantwortung durch Bürgermeister Kaiser erklärt Vorsitzende Friedrich die Anfrage für erledigt.

11. Mehrkosten der Netzentgeltverordnung für Städtische Werke Kunden
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.297 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie hoch ist im Moment der Anteil der Netzentgeltkosten an der bezogenen Kilowattstunde für Haushalte und kleinere Betriebe in Kassel für Kunden der Städtischen Werke?
2. Wie hoch werden die Mehrkosten mit der Befreiung von Stromgroßabnehmern durch die neue Netzentgeltverordnung im Jahr 2012 für die Städtischen Werke Kassel sein?
3. In welchem Umfang werden die erhöhten Netzentgeltkosten von den Städtischen Werken an die Endkunden weitergegeben?
4. Mit welchen Mehrkosten bezahlt ein Haushalt mit zum Beispiel 3500 Kilowattstunden Verbrauch im Jahr dieses Geschenk der Bundesregierung an die extrem stark Strom verbrauchenden Großbetriebe?

5. Ist es zutreffend, dass mit der Kostenbefreiung keinerlei Verpflichtungen zu Investitionen in die Einsparung von Strom durch die energiehungrigen Großbetriebe verbunden sind?
6. Welche Anstrengungen werden von Seiten des Magistrats unternommen, um auf eine Korrektur dieser Netzentgeltverordnung einzuwirken?
7. Wie viele Großbetriebe in Kassel werden von der Netzentgeltbefreiung profitieren?
8. Wie wirkt sich der geplante regionale Ausbau regenerativer Energie in Nordhessen auf die Netzentgeltkosten für die Endkunden der Städtischen Werke aus?

Stadtkämmerer Dr. Barthel beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen.

Nach Beantwortung durch Stadtkämmerer Dr. Barthel erklärt Vorsitzende Friedrich die Anfrage für erledigt.

12. Entwicklung der Gewerbeflächen des Flughafen Calden
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.301 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

13. Aufgaben Zweckverband Raum Kassel zur Vorbereitung Region Kassel
Anfrage der FDP-Fraktion
- 101.17.303 -

Abgesetzt

14. Betriebs- und Kostenentwicklung Flughafen Calden
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.309 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

15. Fahrstuhl für das Werkstattgebäude der Walter-Hecker-Schule
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.17.316 -

Abgesetzt

16. Entfernung von Kaugummi
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.17.321 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

17. Schließung von Bürgerbüros
Anfrage des Stadtverordneten Bayer, Piraten
- 101.17.345 -

Aus Zeitgründen erfolgt kein Aufruf.
Der Tagesordnungspunkt wird für die nächste Sitzung vorgemerkt.

18. Mehr Transparenz und barrierefreie Teilhabe an der kommunalen Demokratie durch Rathaus-TV und Rathaus-Radio
Antrag des Stadtverordneten Bayer, Piraten
- 101.17.346 -

Abgesetzt und Überweisung in die Arbeitsgruppe „Medienöffentlichkeit“.

19. Stadthalle
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.17.348 -

Abgesetzt

20. Presseöffentlichkeit der Sitzungen der Stadtverordneten
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.353 -

Abgesetzt und Überweisung in die Arbeitsgruppe „Medienöffentllichkeit“.

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Petra Friedrich
Vorsitzende

Edith Schneider
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur **11.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am
Mittwoch, 15. Februar 2012, 17:00 Uhr
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Petra Friedrich, SPD Vorsitzende	
Gernot Rönz, B90 / Grüne 1. stellvertretender Vorsitzender	i.V. Blume
Dr. Maik Behschad, CDU 2. stellvertretender Vorsitzender	
Anke Bergmann, SPD Mitglied	
Wolfgang Decker MdL, SPD Mitglied	i.V. E. Cadenbach
Uwe Frankenberger MdL, SPD Mitglied	
Christian Geselle, SPD Mitglied	
Hermann Hartig, SPD Mitglied	
Dr. Günther Schnell, SPD Mitglied	Günther Schnell
Dirk Döhne, B90 / Grüne Mitglied	
Thomas Koch, B90 / Grüne Mitglied	Th. Koch
Anja Lipschik, B90 / Grüne Mitglied	
Karl Schöberl, B90 / Grüne Mitglied	i.V.
Bernd-Peter Doose, CDU Mitglied	
Georg Lewandowski, CDU Mitglied	
Dr. Norbert Wett, CDU Mitglied	

Kai Boeddinghaus, Kasseler Linke
Mitglied

iV. N. Dannes

Frank Oberbrunner, FDP
Mitglied

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Piraten
Stadtverordneter

Jörg-Peter Bayer

Bernd Wolfgang Häfner, Freie Wähler
Stadtverordneter

Dr. Bernd Hoppe, parteilos
Stadtverordneter

Olaf Petersen, Piraten
Stadtverordneter

Magistrat

Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister

- entschuldigt -

Jürgen Kaiser, SPD
Bürgermeister

Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer

Anne Janz, B90 / Grüne
Stadträtin

- entschuldigt -

Christof Nolda, B90 / Grüne
Stadtbaurat

Schriftführung

Edith Schneider,
Schriftführerin

Cenk Yildiz,
-16-

Cenk Yildiz

Verwaltung und andere Teilnehmer

Hedderich -20-
Mr. [illegible] STW
[illegible] -20-
[illegible] -20-
[illegible] -M-
[illegible] -65-
TREMUTH LKB
Goldenbach -60-